

WM

Verwaltung & Management

Zeitschrift für moderne Verwaltung

Öffentliche Aufgaben ■ E-Government ■ Finanzen und Rechnungswesen ■
Führung und Strategie ■ Public Governance ■ Organisation ■ Personalmanagement

Aus dem Inhalt

Olaf Winkel

Recht und Ethik als Steuerungsmedien und die Relevanz ethischer Fragen für die Verwaltungsausbildung

Kerstin Wüstner

Gesundheitsförderung in Kommunen

Marc Seuberlich

Warum fusionieren Gemeinden freiwillig?

Ralf Gerhards

Öffentliche Finanzkontrolle vor neuen Erwartungslücken?

www.vum.nomos.de



Nomos

1 | 2017
Januar | Februar

Auf ein Wort...

Ehren-Editorial: Heinrich Reinermann zum 80. Geburtstag

Recht und Ethik als Steuerungsmedien und die Relevanz ethischer Fragen für die Verwaltungsbildung

Olaf Winkel

Ethisch fundierte Ansätze können das Recht als Steuerungsinstrument zwar nicht ersetzen, aber immerhin unterstützen und ergänzen. Für eine verstärkte Vermittlung von angewandter Ethik an Hochschulen, die für den öffentlichen Dienst ausbilden, spricht insbesondere, dass in dieser Hinsicht sensibilisiertes Verwaltungspersonal nicht nur besser geeignet erscheint, Ermessensspielräume verantwortungsvoll zu nutzen und Korruptionsgefahren aus dem Weg zu gehen, sondern auch staatlichen Fehlentwicklungen als eine Art Frühwarnsystem entgegenwirken kann. Dies ist auch mit einer rechtspositivistischen Orientierung vereinbar, wobei sich entsprechende Bestrebungen aus einem rationalistischen Blickwinkel besonders erfolgversprechend darstellen. Die erforderlichen curricularen Innovationen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Hier erwachsen nicht nur den Hochschulen, sondern auch der Hochschulpolitik neue Herausforderungen.

Gesundheitsförderung in Kommunen

Kerstin Wüstner

Organisationen schützen und fördern die Gesundheit ihrer Beschäftigten mit vielfältigen Maßnahmen. Welche Bedeutung werden der Prävention und Gesundheitsförderung in Kommunen beigemessen und welche Ressourcen werden bereitgestellt? Basierend auf einer Befragung der 80 größten Städte Deutschlands wird im Ergebnis deutlich, dass Städte in den letzten Jahren viel im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements unternommen haben. Zugleich ist zu erkennen, dass Zeit- und Stressmanagementkurse, die auf der individuellen Verhaltensebene ansetzen, nicht ausreichend sein dürften. Vielmehr müssen – auch organisationale – Ressourcen zur Verfügung stehen, die zunehmende Arbeitsverdichtung zu bewältigen. Des Weiteren sollten soziale Ressourcen v.a. mit Blick auf Konfliktbewältigung und Wertschätzung gestärkt werden.

Warum fusionieren Gemeinden freiwillig?

Marc Seuberlich

Die sozioökonomischen Herausforderungen mancher Regionen veranlassten jüngst erste westdeutsche Landesregierungen, über Gebietsreformen nachzudenken. Mit der Verankerung kommunalpolitischen Handelns und Wirtschaftens in großräumigeren Strukturen ist das Ziel verbunden, auf der kommunalen Ebene Synergieeffekte zu erzeugen und Effektivitätspotenziale zu aktivieren. Da staatlich initiierte und implementierte Gebietsreformen aber kein populäres landespolitisches Steuerungsinstrument für die kommunale Entwicklung sind, werden durch staatliche Anreizsysteme angeschobene freiwillige Fusionsbemühungen präferiert. Am Beispiel Niedersachsens wurde mithilfe einer Befragung von fusionierten Kommunen geschaut, warum sie sich auf freiwilliger Basis zusammengeschlossen haben und welche Bedingungen hierfür förderlich waren. Die Motivation für eine freiwillige Gebietsreform erhöhen danach besonders finanzielle Anreize und die Drohkulisse einer möglichen verpflichtenden Gebietsreform. Dabei zeigt sich, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den fusionierenden Kommunen gar nicht einmal besonders groß sein müssen und dass auch diese Erfolgsfälle Hürden zu überwinden hatten.

VM 1/2017

2 E-Petitionen im Niedersächsischen Landtag

33

3 *Markus Reiners/Arne Schrader*

4 Im Rahmen von E-Government und E-Democracy gelten E-Petitionen als neue und interessante Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich öffentlich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Einführung von Instrumenten und Plattformen für E-Petitionen wird in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland bislang allerdings noch zu sehr vernachlässigt. Auch das Land Niedersachsen ist dem Vorreiterbeispiel des Deutschen Bundestages bislang nicht gefolgt. Im Bund wurde bereits im Jahr 2005 eine Online-Plattform für die Mitzeichnung von öffentlichen Petitionen eingerichtet. Im vorliegenden Beitrag werden die Implementationsversuche in Niedersachsen dargelegt und die Chancen einer Implementation unter Zugrundelegung lerntheoretischer Ansätze analysiert.

Öffentliche Finanzkontrolle vor neuen Erwartungslücken?

41

Ralf Gerhards

13 Entwicklungen in der Privatwirtschaft werden, so zeigen Erfahrungen aus der Verwaltungsmodernisierung seit etwa 30 Jahren, mit einer zeitlichen Verzögerung auch in der öffentlichen Wirtschaft zur Anwendung diskutiert. Dabei spielt der Bereich der öffentlichen Rechnungslegung und Prüfung eine zentrale Rolle. Die Frage nach der Modernisierung des öffentlichen Rechnungswesens hat vor dem Hintergrund einer sich anbahnenden EPSAS-Entwicklung eine ganz aktuelle Konnotation. Diese und andere Entwicklungen auf europäischer Ebene, die sich zunächst primär auf die Privatwirtschaft beziehen, beeinflussen bereits aktuell oder aber zukünftig insbesondere auch das öffentliche Prüfungswesen. Das öffentliche Prüfungswesen ist zudem besonders verzahnt mit der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsprüfung, da Rechnungshöfe Wirtschaftsprüfer mit der öffentlichen Finanzkontrolle beauftragen können. Entwicklungen im privatwirtschaftlichen Prüfungswesen haben dadurch eine direkte Verbindung zum öffentlichen Prüfungswesen.

Strategische Personalplanung in Niedersachsens Kommunalverwaltungen

46

26 *Dino Schubert/Monique Schubert*

Das Personalmanagement in der Kommunalverwaltung obliegt, aus verschiedenen Perspektiven betrachtet, besonderen Herausforderungen. Aus Sicht des kommunalen Topmanagements (Politik und Verwaltungsleitung) kann ohne ein effektives Personalmanagement das gesamte Verwaltungssystem nicht funktionieren. Aus Forschungssicht erschien daher interessant, ob Kommunalverwaltungen ihren quantitativen und qualitativen Personalbestand langfristig (strategisch) planen und ob, bzw. welchen Erfolg dies mit sich bringt. Dieser Beitrag liefert quantitative empirische Befunde dafür, dass Kommunen ihren Personalbestand zeitlich betrachtet nach strategischen Gesichtspunkten planen und er liefert ferner Befunde dahingehend, dass dies zu einzelnen Gesichtspunkten organisatorischen Erfolgs führt. Weiterhin ging das Anwenden von quantitativen kurzfristigen Planungsmethoden hingegen gering kausal mit wirtschaftlichem Erfolg einher. Anforderungsprofilen für Stellen kommt in dieser Studie eine zentrale Bedeutung zu. Sie sind eine besondere Basis für organisatorischen Erfolg und sorgen dafür, dass die Verwaltung handlungsfähig bleibt.

Impressum

56

1